


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 29.03.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:02 Uhr
Ende:	17:57 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 22.02.2017	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Öffentliche Toiletten BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften	0642/17

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates
- 5.1. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom **0219/17**
01.02.2017
Vertagung aus der Sitzung SAG vom 22.02.2017
Nachtragshaushalt 2015
BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
- 5.1.1. Nachfragen zur Drucksache 0219/17 - Nachtragshaushalt **0417/17**
2015
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ-
NEN
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
- 5.2. Unterbringung von Menschen mit Behinderung **0451/17**
BE: Fragesteller Herr Städter, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur
6. Informationen
- 6.1. Haushaltsbegleitbeschluss Nr. 11 zur DS 1358/16 - Haus- **2660/16**
haltssatzung und Haushaltsplan 2016 - geförderte Be-
schäftigung
BE: Leiter der Wirtschaftsförderung
- 6.2. Tätigkeitsbericht Seniorenbeirat Erfurt für das Jahr 2016 **0532/17**
BE: Vertreter des Seniorenbeirates / ehrenamtlichen Se-
niorenbeauftragten
- 6.3. Nachfragen zur DS 0246/17 für den Ausschuss für Sozia- **0562/17**
les, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, zum Bericht "Be-
darfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung"
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ-
NEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur
- 6.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich schlug wegen der anwesenden Gäste vor, den Tagesordnungspunkt 6.2, Drucksache 0532/17 – Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates Erfurt für das Jahr 2016 – vorzuziehen und nach dem TOP 4 – Dringliche Angelegenheiten zu behandeln.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig mit sechs Ja-Stimmen bestätigt.

Weiterhin wurde durch Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., beantragt die Drucksache 0642/17 – Dringliche Informationsaufforderung – Öffentliche Toiletten – zusätzlich zu behandeln. Frau Stange begründete kurz die Dringlichkeit der Angelegenheit. Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde durch einstimmige Zustimmung von nunmehr acht Ausschussmitgliedern erreicht. Eine Behandlung der Drucksache erfolgt unter dem TOP 4 – Dringliche Angelegenheiten.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 22.02.2017

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

4. Dringliche Angelegenheiten

4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Öffentliche Toiletten 0642/17

BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE

hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf den Wortlaut der Stellungnahme der Verwaltung. Sie sieht der Vorlage einer Stellungnahme bis zum 24.04.2017 und damit noch weit vor der nächsten Ausschusssitzung am 17.05.2017 positiv entgegen. Der Ausschuss könne sich dann sehr intensiv mit der Thematik befassen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, erläuterte, warum die Zuständigkeit in der Angelegenheit beim Beteiligungsmanagement liegt. Weiterhin teilte Sie den Ausschussmitgliedern mit, dass in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters bereits die Notwendigkeit der Befassung mit der Materie, unter besonderer Berücksichtigung von behindertengerechten öffentlichen Toiletten, erkannt wurde. Die Bürgerbeauftragte und Beauftragte für die Menschen mit Behinderung wurde mit einer Bedarfsermittlung unter Einbeziehung des Beirates für Menschen mit Behinderung beauftragt. In Bezug auf die Toilette am Rathausparkplatz erfolgte bereits eine Prüfung mit dem Ergebnis, dass bei Übernahme durch die Landeshauptstadt Erfurt oder einen Dritten eine kostendeckende Betreibung nicht möglich sei.

Die zuständige Mitarbeiterin des Beteiligungsmanagements führte ergänzend hierzu aus. Grundlage für den Wegfall der Betreuung durch den Werbeträger der Landeshauptstadt ist die Neuausschreibung des Globalwerbevertrages. In der Ausschreibung wurde die Betreibung von öffentlichen Toilettenanlagen als Nebenangebot zugelassen. Eine Verknüpfung mit dem eigentlichen Werbevertrag sei aber rechtlich nicht zulässig. Zum weiteren Vorgehen erfolgte und wird auch weiterhin eine Abstimmung mit verschiedenen Ämtern und der SWE Stadtwerke Erfurt Gruppe erfolgen.

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, betonte die Notwendigkeit von barrierefreien öffentlich zugänglichen Toiletten im Erfurter Stadtgebiet. Grundsätzlich befürwortet er die Einbindung der AG Barrierefreies Erfurt (über den Beirat für Menschen mit Behinderung). Jedoch sei es nicht nachvollziehbar, warum auf ehrenamtlicher Basis die Daten zu den vorhandenen barrierefreien Toiletten durch die AG zusammengetragen werden sollen. Weiterhin sei es nicht zumutbar, dass öffentliche Toiletten, beispielsweise am Domplatz oder Anger, nur zu bestimmten Öffnungszeiten zugänglich seien.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, erwartet in drei Wochen eine entsprechende Zuarbeit der Verwaltung hinsichtlich der Frage der vorhandenen öffentlich zugänglichen Toiletten, die auch barrierefrei sind. Auch solle die Frage mit erörtert werden, warum bisher keine Möglichkeiten gesucht wurden, dieses Problem abzustellen, wenn doch mit dem Auslaufen des Werbevertrages klar war, dass ein erhöhter Bedarf an öffentlichen Toiletten entstehen wird.

Frau Stange hinterfragte den Erhalt der öffentlichen Toilette im Brühler Garten.

Herr Prof. Dr. Dr. Hartmann, sachkundiger Bürger, bat um Vorlage einer Zeitschiene, bis wann die Problematik der öffentlichen Toiletten gelöst werden könnte.

Auch die Vorsitzende des Seniorenbeirates, der einvernehmlich das Rederecht erteilt wurde, äußerte aus sich zur Angelegenheit aus Sicht der Seniorinnen und Senioren. Eine entsprechende Stellungnahme des Seniorenbeirates wurde an den Oberbürgermeister und die Presse gesandt. Sie verwies auch auf die Aktion "Nette Toilette", die in anderen Städten erfolgreich praktiziert wird und auf die Notwendigkeit in den Stadtrandgebieten auch entsprechende Angebote zu schaffen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur erläuterte, dass es in Bezug auf die Aktion "Nette Toilette" bereits unter Einbeziehung des City-Managements Erfurt e. V. eine Beteiligung der Erfurter Gastronomen gegeben habe. Jedoch war die Beteiligung leider zu gering. Aus ihrer fachlichen Einschätzung heraus, sei es zwingend erforderlich, ein Angebot an öffentlichen und barrierefreien Toiletten vorzuhalten. Sie befürwortete auch die Vorlage einer entsprechenden Konzeption. In Bezug auf die AG Barrierefreies Erfurt teilte sie mit, dass hier lediglich um Unterstützung gebeten wird. Die Toilette im Brühler Garten bleibt erhalten, so Frau Thierbach.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, äußerte seine Bedenken in Bezug auf die BUGA 2021. Er hoffe, dass in den Anlagen entsprechende Toiletten vorgehalten werden.

Frau Thierbach verwies u. a. auf den BUGA-Dialog. In den entsprechenden Plänen des Ausstellungskonzeptes sind Standorte für Toilettenanlagen auf den BUGA-Geländen vorgesehen. Ob diese allerdings nach Abschluss der BUGA noch zur Verfügung gehalten werden, kann sie derzeit nicht sagen.

Herr Engemann, sachkundiger Bürger, bat die Vertreterin der Verwaltung eindringlich darum, sich dem Problem intensiv anzunehmen, ehe sich die Bürgerschaft oder andere Institutionen hier zu Wort melden. Ein klares Ziel solle sein, von Seiten der Verwaltung zu erklären, auf welchem Niveau und in welchem Zeitraum die Problematik der öffentlichen Toiletten in Erfurt geklärt werden soll. Notfalls schlug er die Errichtung von Übergangslösungen vor.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, sieht der Vorlage einer Stellungnahme der Verwaltung bis zum 24.04.2017 mit Interesse entgegen, um dann eine weitere Diskussion im Ausschuss zu ermöglichen.

vertagt

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 5.1. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 0219/17
01.02.2017
Vertagung aus der Sitzung SAG vom 22.02.2017
Nachtragshaushalt 2015
BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunkte erfolgte nach dem TOP 6.2 und gemeinsam mit dem TOP 5.1.1.

Eingangs merkte die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich an, dass die Stellungnahme der Verwaltung eine Bitte um Vertagung der Angelegenheit darstellt, da noch weitere Prüfungen erfolgen müssten. Sie hat zur Drucksache 0219/17 bereits Nachfragen eingereicht (vgl. Drucksache 0417/17). Sie würde diese jedoch noch weiter ergänzen (siehe unten).

Herr Engemann, sachkundiger Bürger, äußerte sich verärgert, dass zum Punkt nicht die Vertretung der Verwaltung, die angekündigt wurde, anwesend sei. Darauf ging Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur ein. Sie wird diese Kritik mitnehmen und ansonsten die Fragen, soweit es ihr möglich ist, beantworten.

Herr Möller, Fraktion SPD, bedauerte auch sehr, dass eine Beantwortung der Nachfragen nicht vorläge. Diese seien schließlich für die derzeit stattfindenden Haushaltsberatungen, u. a. den Sammelnachweis 1, von Belang. Er vermisse seit langem, die Gegenüberstellung der Gesamtausgaben im Bereich der Betreuung von Flüchtlingen mit den Erstattungen des Landes, die hierfür zur Verfügung stünden.

Frau Rothe-Beinlich bekräftigte Herrn Möllers Aussage. Sie habe die Anfrage bewusst auch im Hinblick auf die Haushaltsberatungen gestellt. Insofern sei eine Beantwortung der Fragen noch vor den Beratungen der Fraktionen zum Haushalt 2017/2018 zwingend erforderlich.

Frau Thierbach ging nun auf die einzelnen Fragen der Drucksache 0219/17 ein. Sie teilt die Auffassung der Ausschussvorsitzenden, dass die Frage 1 nicht ausreichend beantwortet sei. Die Antwort auf Frage zwei sei ämterbezogen beantwortet. Sie ergänzte wie folgt:

Beim Amt für Bildung seien die Erzieher-Stellen aufgrund des Wegfalls des Modellprojektes an Grundschulen entfallen. Beim Jugendamt sind alle Stellen besetzt. Da wieder mit der weiteren Zuführung von Flüchtlingen zu rechnen sei und die Kapazitäten weiter erhöht werden, werden die Mitarbeiter im Bauamt benötigt. Die weiteren Mitarbeiter im Bürgeramt, Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung und im Amt für Bildung seien mit pflichtigen Aufgaben betraut und werden benötigt.

DS 0670/17	<p>In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 29.03.2017 stellte Frau Rothe-Beinlich folgende weitere Nachfragen bzw. äußerte sich wie folgt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nachfragen zur Frage 1 ("Welche der gemäß Drucksache 2867/15 beschlossenen Stellen wurden tatsächlich geschaffen?") <ol style="list-style-type: none"> a. Die Frage wurde nach Einschätzung von Frau Rothe-Beinlich durch den Oberbürgermeister nicht zufriedenstellend beantwortet. Wie viele Stellen wurden nun tatsächlich insgesamt geschaffen? b. Es wird um eine konkrete Aufstellung gebeten, welche Stellen in welchem Umfang geplant waren und welche davon besetzt wurden bzw. noch nicht besetzt sind. 2. Nachfrage zur Antwort auf Frage 3 ("Inwieweit haben die beschlossenen Stellen zur Arbeitsbewältigung ausgereicht und werden diese Stellen über die Befristung hinaus noch benötigt?"); hier: Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung: Es wird ausgeführt, dass eine "Überprüfung mit Konkretisierung des Bedarfs ... im III. Quartal 2017 erfolgen" sollte. Wie ist aktuell die Einschätzung der Verwaltung (auch im Hinblick auf die derzeit stattfindenden Haushaltsberatungen)? Ein Zuwarten bis zum genannten Termin erscheint nicht ausreichend. Es wird um Stellungnahme gebeten. <p>Es bestand Einigkeit im Ausschuss, dass die Nachfragen zur Drucksache 0219/17 (Drucksache 0417/17 und die weiteren Nachfragen (Drucksache 0670/17) nach Möglichkeit noch vor der Abschlussberatung zum Haushalt 2017/2018 beantwortet werden sollen, da die Antworten eine gewisse Relevanz für die Haushaltsberatungen haben. Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, sicherte eine entsprechende Prüfung zu.</p>
---------------	--

vertagt

5.1.1. Nachfragen zur Drucksache 0219/17 - Nachtragshaushalt 2015 0417/17
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

Siehe TOP 5.1.

vertagt

- 5.2. **Unterbringung von Menschen mit Behinderung** 0451/17
BE: Fragesteller Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, hinterfragt die Praxis bei Kontrollen von Einrichtungen: Erfolgt vorab eine Information an die Träger, oder nicht?

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur teilte hierzu mit, dass es sowohl angemeldete als auch nicht angemeldete Kontrollen gäbe und erläuterte dies kurz.

zur Kenntnis genommen

6. **Informationen**

- 6.1. **Haushaltsbegleitbeschluss Nr. 11 zur DS 1358/16 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 - geförderte Beschäftigung** 2660/16
BE: Leiter der Wirtschaftsförderung

Hierzu gab es keine Nachfragen oder Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

- 6.2. **Tätigkeitsbericht Seniorenbeirat Erfurt für das Jahr 2016** 0532/17
BE: Vertreter des Seniorenbeirates / ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten

Dieser Tagesordnungspunkt wurde direkt nach dem TOP 4.1. behandelt.

Gegen das Rederecht für die Vorsitzende des Seniorenbeirates und den ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten erhob sich kein Widerspruch.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hinterfragte die Erfahrung des Beirates in Bezug auf die Teilnahme an Stadtteilsten, statt wie bisher eine zentrale Veranstaltung durchzuführen.

Sowohl die Vorsitzende des Seniorenbeirates als auch der ehrenamtliche Seniorenbeauftragte äußerten sich positiv zu den Erfahrungen aus der Teilnahme an den Stadtteilsten.

Im Jahr 2016 nahm der Seniorenbeirat in den Stadtteilen Berliner Platz, Rieth und Melchendorf teil. Für 2017 ist vorgesehen, sich an insgesamt fünf Stadtteilfesten zu beteiligen. Es wurde von den Erfurter Seniorinnen und Senioren als überaus positiv eingeschätzt, dass der Beirat vor Ort war. Es wurden Aufmerksamkeit erzeugt und Anregungen aufgenommen. Die Vorsitzende des Seniorenbeirates wies darauf hin, dass die einzelnen Arbeitsgruppen mit einem eigenen Budget ausgestattet wurden. Dies habe auch die Verantwortung der einzelnen Mitglieder gestärkt. Weiterhin äußerte sie sich positiv zur Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle des Beirates.

Frau Stange fragte, ob eine Seniorenbefragung stattgefunden habe und ob der Seniorenbeirat in die Auswertung eingebunden wurde bzw. wird.

Die Vorsitzende des Seniorenbeirates teilte mit, dass eine Befragung stattgefunden habe und eine Einbeziehung des Beirates u. a. über das Seniorenforum am 24.04.2017 erfolge. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur ergänzte die Ausführungen mit Verweis darauf, dass die Befragung als eine Maßnahme der Bürgerbeteiligung zu werten sei und hierzu eine Zeitschiene festgelegt wurde, bei der sowohl die Öffentlichkeit als auch der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung eingebunden werde. Es bedarf jedoch noch einer Auswertung der Befragung, die einen guten Rücklauf zu verzeichnen hatte, durch die Abteilung Statistik und Wahlen der Stadtverwaltung Erfurt.

Die Vorsitzende des Seniorenbeirates empfahl den Ausschussmitgliedern die Lektüre der Bundestags-Drucksache 18/102010 - "Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland; Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung". Der Bericht der Sachverständigenkommission wurde dem Seniorenbeirat durch die Landes seniorenvertretung übergeben. Er enthält konkrete Maßnahme-Empfehlungen auch für Kommunen, wie die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben sichergestellt und verbessert werden kann.

Da der Bericht über das Internet abrufbar ist, wurde sich vereinbart, den maßgeblichen Link in die Niederschrift der Sitzung aufzunehmen¹.

¹ Am 29.03.2017 wurde via E-Mail folgende Information an die Fraktionen des Erfurter Stadtrates gesandt:

"Sehr geehrte Damen und Herren,

in der heutigen Sitzung des Ausschusses SAG wurde durch die Vorsitzende des Seniorenbeirates auf die Bundestags-Drucksache 18/102010 - "Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland; Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung" aufmerksam gemacht. Der Bericht der Sachverständigenkommission wurde dem Seniorenbeirat durch die Landesseniorenvertretung übergeben.

„Mit Blick auf Gesundheit, Pflege, Wohnen und Mobilität hat die zuständige Sachverständigenkommission herausgearbeitet, wie die Kommunen gesellschaftliche Teilhabe und eine möglichst lange selbstständige Lebensführung älter werdender Menschen sicherstellen können. Dabei hat die Kommission auch Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten benannt sowie Empfehlungen an die Politik ausgesprochen.“ (Zitat von der u. g. Homepage)

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich bei der Vorsitzenden des Seniorenbeirates und dem ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten für ihre Erscheinen und die gegebenen Informationen.

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Nachfragen zur DS 0246/17 für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, zum Bericht "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung" 0562/17**
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich merkte an, dass ihr angedeutet wurde, es werde für die Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung noch etwas Zeit benötigt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, ging hierauf ein. Tatsächlich lägen der Verwaltung bisher lediglich die Fragen/Anregungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Die Fragen werden allesamt schriftlich beantwortet. Frau Thierbach schlug in diesem Zusammenhang vor, eine Sondersitzung aller betroffenen Ausschüsse zur Thematik noch vor der Sommerpause durchzuführen. Dort sollten alle Fragen beantwortet und über die Angelegenheit diskutiert werden.

Frau Rothe-Beinlich fasst zusammen, dass die Fragen schriftlich durch die Verwaltung zu einem neuen noch zu findenden Termin beantwortet werden.

vertagt

Diese Drucksache und weiterführende Informationen hierzu sind auf der Homepage des Deutschen Zentrums für Altersfragen unter folgenden Link abrufbar:

<https://www.siebter-altenbericht.de/>

Wunschgemäß übermittle ich den Fraktionen diese Information zur Weiterleitung an die Ausschussmitglieder und interessierten Dritten. ..."

6.4. Sonstige Informationen

Es lagen keine weiteren Informationen vor.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer